



Thorner Wochenblatt.

N 43.

Donnerstag, den 10. April.

1862.

Thorner Geschichts-Kalender.

10. April 1559. Privilegium, wodurch die Güter des Klosters und Hospitals der Nonnen zum heiligen Geist der Stadt zur Verwaltung übergeben werden.
1565. Privilegium der Stadt auf erblose Verlassenschaften.
1602. Der Rath beschließt, das Rathaus um ein Stockwerk zu erhöhen; der Bau wird unter Aufsicht des Bürgermeisters Heinrich Stroband I. und des Kämmerers Aegidius Lichthüx begonnen.
1649. Der Bischof von Culm, Andreas Leszczynski, empfängt Namens des Königs Johann Kasimir die Huldigung der Stadt.
1698. Privilegium Augusts II., die ungehinderte Ausübung der lutherischen Religion.
1813. Dem russischen Befehlshaber der Ingenieurs, Michaud, wird auf dem Bäckerberge ein Arm abgeschossen.
11. 1574. Der Bürgermeister Nicolaus v. d. Linden stirbt.
1656. Die Schweden vertreiben die Jesuiten von hier.
1813. Die Besatzung der Stadt wird von dem Bäckerberge und aus dem Schulz'schen Garten vertrieben, die Russen errichten eine Batterie auf dem Hasenberge; in die Stadt werden geworfen: 180 Bomben, 240 Granaten und 400 Kanonenkugeln.

Mit der Heeresreform

ginge es wol, aber es geht doch nicht, und zwar aus finanziellen Rücksichten. Diese Thatache wird auch jetzt aus der Mitte des reaktionären Ministeriums eingestanden.

Noch ist Herr v. d. Heydt in seinem neuen Ministerstuhl als Finanzminister nicht warm geworden und schon hat er seinem Kollegen, dem Kriegsminister Herrn von Noon, unter dem 21. v. Mts., einen Brief geschrieben, der nichts mehr und nichts weniger verlangt als eine Einschränkung des Militär-Etats.

Ein Abschrift dieses Briefes ist der Berliner "Böss. Zeit." anonym zugeschickt worden. An seiner Echtheit ist nicht zu zweifeln, da die Staatsregierung Maßnahmen zur Entdeckung des Einsenders veranlaßt hat, um denselben wegen Verleumdung des Amtsgeheimnißes zur Strafe zu ziehen. Der Brief ist ein wichtiges Altenstück, dessen Inhalt wir hier wiedergeben. Er enthält merkwürdige Bekanntnisse und theilt wichtige Thatsachen mit.

Herrn v. d. Heydt ist bange vor dem Ausfall der bevorstehenden Wahlen; er zweifelt stark daran, daß diese ministeriell ausfallen werden, wenn den Urwählern nicht finanzielle Erleichterungen geboten werden. Hauptfächlich zwei Gegegnstände, so meint der neue Finanzminister, haben die Männer der Fortschrittspartei in so großer Anzahl in das aufgelöste Abgeordnetenhaus gebracht, nemlich: Die Erhöhung des Militär-Etats und die beabsichtigte Forterhebung der Zuschläge von 25. Proz. zur Einkommen- und Klassensteuer und Mahl- und Schlachtsteuer. Diese außergewöhnlichen Steuern, "welche schon unter besonderen Umständen, noch mehr aber unter gewöhnlichen Verhältnissen nur ungern entrichtet werden," werden auch wieder eine starke Opposition in's Abgeordnetenhaus bringen. Was thut da noth, um sich (der zeitigen Staatsregierung) die öffentliche Meinung günstig zu stimmen? — Eine Verminderung der Steuern.

"Um die Wahlen", so schreibt Herr v. d. Heydt wörtlich, "im Sinne der Regierung zu fördern, ist es unbedingt geboten, auf die Forterhebung der Steuerzuschläge vom 1. Juli d. J. ab zu verzichten, und hierüber noch vor dem Wahlermin in geeigneter Weise bestimmte Zusicherungen zu machen. Allerdings wird damit eine Netto-Einnahme von mehr als 3,700,000 Thaler aufgegeben. Wenn es auch, wie ich hoffe, mir möglich sein wird, Mittel und Wege zu finden, einen Theil dieses Ausfalls durch Vermehrung der Einnahmequellen des Staats zu decken, so wird dies jedoch immer nur ein verhältnismäßig geringer Betrag der obigen Summe sein können; daß der größere Theil derselben durch Verminderung der Ausgaben nur im Bereich der Militär-Verwaltung, für welche die Steuerzuschläge bisher erhoben worden sind, eintreten kann, glaube ich nicht näher begründen zu dürfen, da es Ew. Exc. (dem Kriegsminister hinreichend bekannt ist, daß in allen übrigen Verwaltungszweigen schon seit Jahren die größtmögliche Beschränkung der Ausgaben stattgefunden hat, um nur einige Mittel zur Verminderung des durch die Mehrbedürfnisse der Militär-Verwaltung entstandenen Defizits im Staatshaushalte zu gewinnen, und wenigstens den Schein zu retten, daß die Regierung bestrebt sei, die defzfalls wiederholt gemachten Zusagen zu erfüllen. Die Folge davon ist gewesen, daß die wegen Mangel an Deckungsmitteln zurückgestellten Bedürfnisse von Jahr zu Jahr gestiegen, und je länger je mehr fühlbar geworden sind, so daß es ohne Nachteil für die Wohlfahrt des Landes nicht länger thunlich sein wird, dieselben noch weiterhin unberücksichtigt zu lassen, und die vielfachen Anträge, welche bei Gelegenheit der Budgetberathung im Landtage auf Erhöhung der Ausgabefonds gestellt werden, durch Hinweisung auf den Mangel an Deckungsmitteln zu beseitigen.

Wenn Ew. Excellenz (der Kriegsminister) geneigt ist in Erwägung zu ziehen, daß das durch die neue Organisation der Armee im Staatshaushalte herbeigeführte Defizit, bei Zugrundelegung des für das laufende Jahr aufgestellten Etats, nach Wegfall der Steuerzuschläge noch circa 7,000,000 Thlr. beträgt, so glaube ich darin Hochdro Zu- stimmung mich zu erfreuen, wenn ich die Summe von 2½ Millionen Thaler als ein Minimum bezeichne, um welches der Militär-Etat vom laufenden Jahre ab, so lange, bis die Finanzlage sich günstiger gestaltet, zu vermindern sein wird. Es werden alsdann bis dahin, daß die Mehreinnahme aus der neuen Grundsteuer-Veranlagung flüssig sein wird, immer noch bedeutende Zuschüsse aus dem Staatschafe zur Deckung der laufenden Staatsausgaben erforderlich sein."

Das sind doch prächtige Geständnisse:

1) Das jährliche Defizit beträgt schon 7 Mill. Thaler und ist für den Staat unerträglich, d. h. die Deckung desselben für das Volk unerschwingbar, man muß mindestens 2½ Mill. Thlr. jährlich beim Militär-Etat ersparen;

2) andere dringende Bedürfnisse des Staats hat man unberücksichtigt gelassen, um Mittel für die übermäßigen und unerträglichen Militär-Ausgaben zu gewinnen.

Hatte und hat die liberale Partei Unrecht mit ihrer Opposition gegen die Heeresreform,

weil sie dem preußischen Volke eine unerschwingliche, den Finanzen des Staats und den Wohlstand des Volks ruinirende Last aufbürdet? — Mit nichts, — der Herr Finanzminister Herr v. d. Heydt, der Gehülfe der Reaktion, gesteht ja das Gleiche heute ein.

Was können die Wähler nun bei den bevorstehenden Wahlen Besseres thun, als die Abgeordnetenhaus-Kandidaten von entschiedener und bewährter liberaler Gegenrechnung, als die Männer, welche die liberale Majorität des aufgelösten Abgeordnetenhauses bildeten, wieder wählen? — Sie hatten ja Recht mit ihrer Opposition gegen die Heeresreform.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 6. April. Es wird mit Bestimmtheit versichert, daß schon dem im Mai zusammentretenden Abgeordneten-Hause ein Anleihe-Entwurf von 12 Millionen Thaler für Marinezwecke vorgelegt werden soll. Es wird sich um den Bau von 2 Panzer-Fregatten und mehrerer kleineren Schiffe handeln. Die Fregatten kosten 3½ bis 4 Millionen Thaler und dürfen in England gebaut werden, wo namentlich eine Fabrik die besten Eisenplatten liefern soll. Wenn übrigens die englische und französische Presse meint, daß den gepanzerten Schiffen gegenüber die steinernen Mauern der Strandfestungen unnütz geworden sind, und daß diese Mauern auch zu panzern sein werden, so ist damit nichts Neues gesagt. In Antwerpen werden bereits die Schießcharren mit eisernen Platten, welche vorn einen Eisenbrecher zum Abstoßen der Kugeln haben, überdacht. — Die Frankfurter "Zeit" hat vor Kurzem die Mittheilung gebracht, die Regierung gehe damit um, die Wahl von Beamten durch die Anordnung zu erschweren, daß der Gewählte selbst, und zwar auf eigene Kosten, für angemessene Stellvertretung Sorge zu tragen habe. Die Regierung, so hieß es weiter, würde dann in jedem einzelnen Falle den Stellvertreter nach Belieben genehmigen oder nicht, und ihre Gegner müßten wohl wenigstens das Gehalt für die Stellvertreter im Stiche lassen. Die Stern-Zeitung ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachricht der "Zeit" unbegründet ist.

Der Mühl'sche Wählerlaß ist von der Breslauer philosophischen Facultät in einem motivirten Schreiben zurückgewiesen worden. — Den 9. Die philosophische Facultät der Universität Breslau, sowie Rector und Senat der Universität haben den Mühl'schen Erlaß mit Protest zurückgewiesen. — Auf Allerhöchsten Befehl wird eine Commission von Generalen Berathungen pflegen über die militairische Zulässigkeit weiterer Ersparnisse im Militär-Budget. Ferner beabsichtigt die Staatsregierung nach Mittheilung der "Stern-Ztg": Die Etats pro 1862 und 63 in größerer Spezialisirung dem Abgeordnetenhouse vorzulegen, keine neueren Steuern einzuführen, vom 1. Juli 1862 ab den Zuschlag von 25 pC. fallen, Erleichterungen für die nothwendigsten Lebensmittel eintreten zu lassen, das Briefporto auf 2 Sgr. für den einfachen Brief im ganzen Staate zu ermäßigen, aber die Salzpreise auf ihre frühere Höhe zu erheben und die Mehreinnahme für die preußische Flotte zu verwenden. Die "Nat. Ztg." macht zu diesen Vertheilungen folgende treffende Bemerkung: "Bestens acceptiren wir die Zusage wegen Spezialisirung der Etats und rechtzeitiger Einbringung des Budget für 1863. Die Wähler werden diese Früchte

der Opposition der Fortschrittspartei mit Bergnügen einsammeln, und sich überzeugen, daß auf diesem Wege nur selbstständig und manhaft fortgeschritten werden darf, um auch noch zu andern wertvollen Zugeständnissen zu gelangen. In andern Staaten pflegt man zwar solche Zugeständnisse den Kammern direkt zu machen; man verhängt keine Kammerauflösungen und Ministerveränderungen, um nachträglich zuzustehen, was die heimgeschickten Abgeordneten verlangt haben und auch die entlassenen Minister gern bewilligt hätten. Indessen sind dies nun einmal Eigenthümlichkeiten gerade des preußischen Verfassungslebens, und wenn unser Volk diese erst richtig begriffen hat, so wird es neue Kammerauflösungen künftig durchaus nicht mehr fürchten. Es hat freilich die Plage des öfter wiederholten Wählens, aber ob das Geforderte innerhalb der Session oder nachher sich verwirklicht, ist doch ein bloßer Nebenumstand. Es wird die Lehre begreifen, daß man preußischen Ministern gegenüber nur zu einer Vereinbarung gelangt, wenn man ihnen fest gegenübertritt; denn in den Sessonen von 1860 und 1861, wo die Kammer sich vertraut fügte, wurde von dem Allen nichts erreicht, was Herr v. d. Heydt jetzt zu verwirklichen sich verpflichtet. Dass die Kommission Generale keine einzige Esparnish angebracht finden wird, wenn die Wähler ihr Ohr durch das Einstimmen in das Jagow'sche Feldgescheit erfreuen, daß überhaupt in den Bureaus des gegenwärtigen Ministeriums irgend welche finanzielle oder andere Reformbestrebungen nur durch eine überaus kräftige und einmütige Stimmung des Volkes munter erhalten werden können, das bedarf keines weiteren Wortes. Werden doch die äußersten Mittel aufgeboten, um sich vor diesem Angriffen Ruhe zu verschaffen und Abgeordnete zu erhalten, die sich denselben als Damm entgegenstemmen. — Die Professoren der Bonner Universität haben gleichfalls energisch gegen den Müller-Jagow'schen Wahlerlaß protestirt.

Frankreich. Die am 4. angezeigte Armeereduction hat, wenn auch noch nicht gerade an der Börse, so doch in dem großen Publikum einen guten Eindruck hervorgebracht. Allerdings hätte man diese Maßregel gern in noch ausgedehnterem Maßstabe angewandt sehen mögen; allein man erblickt darin zunächst ein factisch dem "Parlamentarismus" gemachtes Zugeständniß; die Esparnish ist nicht so bedeutend, als man sie vom verschiedenartigsten Standpunkte aus in den jüngsten Adress-Debatten begeht hatte. Jedoch macht sie es vielleicht möglich, die Salzsteuer fallen zu lassen, ohne die gemeinnützigen öffentlichen Arbeiten wesentlich einschränken zu müssen, und der Umstand, daß die Regierung gerade vor Beginn der Budget-Discussion sich zu dieser Maßregel entschlossen hat, giebt wohl der Kammer und dem Lande einiger Maßen die Zuversicht, daß der Kaiser sich auf die Zurückweisung der Salzauflage durch die Budget-Commission gefaßt macht, und dieselbe, ohne sich in seiner Executive und Initiative beeinträchtigt zu sehen, als dem Wunsche des Landes entsprechend über sich ergehen lassen wird. Eine Deputation der Budget-Commission wird morgen bei dem Kaiser Audienz haben, um ihm ihre Bedenken gegen diese so unpopuläre Steuer vorzutragen.

Großbritannien. Die Regierung scheint keinen Augenblick verlieren zu wollen, um die vielbesprochene Umwandlung hölzerner in schußfeste EisenSchiffe vorzunehmen. — Der Weiterbau der auf den Stapeln befindlichen hölzernen Linien-Schiffen und Fregatten sowie die Arbeiten an den Küstensorts sind vorerst gänzlich eingestellt. — Erwähnenswerth ist, daß Kapitain Cooper P. Coles schon im Jahre 1855 der Admiraltät, mehreren einzelnen Ministern, dem verstorbenen Ingenieur Brunel und auch dem hochseligen Prinzen Albert den Plan zu einem eisernen, mit einer Kuppel (oder einem Schießthurm) versehenen Schiffe vorgelegt hatte, das mit kleinen Änderungen genau so gezeichnet war wie der amerikanische Monitor. Aber trotzdem er von allen Seiten über seine Errichtung höchstlich befürwortet worden war, hatte er es doch nicht durchsetzen können, daß die Admiraltät ein Schiff nach seinem Modelle bauen ließ. Jetzt freilich kommen die Coles-schen Thürme zu Ehren. Der Erfinder macht sich anheischig, derartige Schiffe von der Größe des "Monitor" für 60,000 £. herzustellen und im Nothfalle mit einem derselben den berühmten "Warrior" in den Grund zu bohren. Gleichzeitig jedoch versichert Whitworth, der Erfinder der nach ihm genannten Kanonen, er sei im Stande, mit seinen Stück- und Hohlkugeln auch die Eisenplatten des "Monitor" zu durchbohren.

Italien. In der Sitzung der Deputirten-

Kammer am 31. v. Mts. zeigte Matazzi an, daß die Minister Cordova, Mancini und Poggi ihre Entlassung genommen hätten. General Durandi sei zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der Senator Mateucci zum Minister des öffentlichen Unterrichts ernannt worden. Matazzi behalte das Portefeuille des Innern und übernehme interimistisch das der Justiz. — Ein Turiner Schreiben der lithographirten italienischen Correspondenz erblickt in den beständigen Besuchen des Kaisers Franz Joseph und den Befestigungsarbeiten in Venetien, sowie in den Rüstungen Österreichs den Ausdruck eines Misstrauens, welches die beständige Spannung zwischen dieser Macht und Italien nothwendig vermehren muß. Die italienische Regierung sieht sich deshalb veranlaßt, die Bewaffnung und die Vertheidigungsmittel des Landes zu beschleunigen und zu vermehren. Nebrigens fürchte Italien nicht mehr die Drohungen seiner Feinde, und werde wissen, jeden Angriff zurückzuweisen.

Amerika. Aus New-York, vom 23. März eingetroffene Berichte melden, daß am 23. bei Winchester eine bedeutende Schlacht zwischen den Bundes-Truppen und den Conföderirten stattgefunden hat; die Verluste sind auf beiden Seiten beträchtlich. Die Conföderirten befinden sich in vollem Rückzuge. Ein Theil der Expedition des Bundesgenerals Burnside avancirt gegen Beaufort in Nordcarolina, das die Conföderirten geräumt haben. Die Yorker Journale sprechen sich aufs entschiedenste gegen die Annahme einer fremden Vermittlung zwischen dem Norden und Süden aus. —

Provinzielles.

Marienburg, den 4. April. Herr Mittelhausen, der sich eines andauernd guten Theaterbesuchs zu erfreuen hatte, giebt Montag hier bereits seine letzte Vorstellung. Die meisten Mitglieder der Gesellschaft, vorzüglich das Damen-Personal ist recht brav, hauptsächlich aber fand der Direktor bei seinem Auftreten stets ungetheiltesten Beifall. — Unser conservative Verein hat sich als solcher bereits wieder aufgelöst, nichts desto weniger seit die Partei ihre angestrengteste Tätigkeit für die Wahlen fort. — Das Herz lacht einem im Leibe wenn man diese Vorbereitungen zu freien unbeeinflußten Wahlen ansieht. Lehrer, Postbeamte &c. erhalten bogenlange Verfugungen, die brave Landwehr v. Schmehlings literarisches Kunstprodukt, in denen sie über die freie Wahl aufgeklärt werden, daß ihnen meist die Augen übergehen, wenn dazu nun noch das Unglück der geheimen Abstimmung käme, so wären die Fortschrittmänner, Liberale, Constitutionelle und Demokraten vernichtet. — Von hier reisen mehrere Kaufleute erst nach der Wahlmänner-Wahl zur Messe.

Elbing, den 7. April. Herr Oberbürgermeister Phillips will einen Verein bilden, um den ärmeren Mitbürgern, den kleineren Handwerkern und Fabrikarbeitern billige und gesunde Wohnungen zu verschaffen. Es sollen, sobald das Geld dazu zusammen kommt, einige geräumige Häuser mit bester Einrichtung erbaut werden, in denen die Miether mehrere freundliche Zimmer und Wirtschaftsräume für denselben Preis erhalten, den sie jetzt für schlechte und ungefundne Wohnungen bezahlen müssen. In Berlin, Danzig und anderen Städten bestehen bereits ähnliche Vereine, die ein Segen für die ärmere Bevölkerung geworden sind; es ist auch wohl zu hoffen, daß die Menschenfreundlichen Bemühungen unseres allgemein verehrten frühern Oberbürgermeisters hier zahlreich unterstützt werden.

(M. E. A.)

Eydtkuhnen, den 28. März. Heute fand die provisorische Eröffnung der Eisenbahnstrecke Dünaburg-Kowno statt und traf der erste Zug von Petersburg heute morgen 9 Uhr hier ein. Bis zur definitiven Eröffnung der obigen Strecke, welche in kurzer Zeit stattfinden wird, werden auf derselben nur drei Züge wöchentlich courssiren und zwar Sonntags, Dienstags und Donnerstags. Mit der Eröffnung dieser Strecke verbindet jetzt die Schienenstraße sämmtliche Hauptstädte des Continents.

Lokales.

Zu den Wahlen. Welches Ansinnen das neue Ministerium an die Staatsbeamten bezüglich der Wahlen gestellt hat, ist bekannt. Die Treue gegen die Person Sr. Majestät des Königs wird von der neuen Staatsregierung mit der Ergebnisheit gegen die Wünsche der neuen Minister ohne Weiteres gleichgestellt. Herr v. d. Heydt ist sogar so loyal, den Beamten seines Ministeriums zu erklären, daß er eine Beileitung ihrerseits an Agitationen gegen die Staatsregierung nicht dulden werde. Das ist freilich in Preußen noch nicht dagewesen. Zur Orientierung unserer Leser über das an-

die Beamten gestellte Anmuhen, nur im Sinne der Staatsregierung zu stimmen und zu agitieren, thelen wir denselben die Anerkennung einer Autorität, Röme's, über die Stellung der Beamten mit. Derselbe theilt in seinem Werk über Preußisches Staatsrecht Folgendes mit: "Die jedem Bürger des Staates obliegende Pflicht der Treue und des Gehorsams gegen den Landesherrn oder die Staatsregierung ist für den öffentlichen Beamten eine besondere, also eine erweiterte, nämlich durch ihre Beziehung auf die mit dem Staatsdienste verbundenen Pflichten. Allein die Pflicht des Gehorsams ist für den Beamten eben so wenig als für jeden Untertanen eine absolute, slavische, sondern auch der Beamte ist nur zu verfassungsmäßigem Gehorsam verhunden." — "Die Pflicht der Treue und des Gehorsams wird durch den Dienstleid nicht erst begründet, sondern nur verstärkt. Diese Pflicht wird indes keineswegs dadurch verletzt, wenn der Beamte in einzelnen und sogar in wichtigen Beziehungen eine andere politische Überzeugung hat als seine Oberen und diese in gesetzlich zulässiger Form ausspricht. Die Pflicht der Treue gegen das Staatsoberhaupt versteht sich von selbst, allein diese Pflicht steht in gar keinem Zusammenhange mit der Parteinahe für oder gegen die Staatsregierung in dem Sinne, daß unter letzterer im konstitutionellen Sinne lediglich das an der Spitze der Regierung stehende verantwortliche Ministerium verstanden wird. Der Gehorsam, welchen der Beamte diesem selbst verantwortlich und dem Wechsel unterworfenen Organe der Verwaltung schuldig ist, bezieht sich nur auf seine amtliche Tätigkeit. Der Staatsdienst bleibt zugleich Mensch und Bürger, welcher als solcher sein Gewissen nicht vor der Schwelle des Staatsdienstes zurückzulassen verpflichtet ist. Von dem Beamten kann daher allerdings gefordert werden, daß er in seiner amtlichen Stellung seine Pflicht im weitesten Umfange mit Treue erfülle und sich keines Ungehorsams gegen kompetente Anordnungen der vorgesetzten Instanzen schuldig mache; es kann ferner gefordert werden, daß er die Grundprinzipien der Verfassung, worauf die Staatsregierung beruht, auseinne und nicht als Feind jener handelt (z. B. wenn er in der konstitutionellen Monarchie für das absolute Königthum oder für die Republik wirkt); allein weder kann gefordert werden, daß der Beamte gegen seine Überzeugung, für das System der gerade am Ruder des Staates befindlichen Regierung (das verantwortliche Ministerium) wirke, noch daß er sich dieser gegenüber außerhalb seines mit dem Amte zusammenhängenden Berufsfreites jeder Opposition enthalte. Am wenigsten aber ist es mit den Grundprinzipien der konstitutionellen Monarchie vereinbar, die Beamten in der freien Ausübung des ihnen verfassungsmäßig zustehenden Wahlrechts durch administrative Maßregeln zu beschränken oder gar durch Androhung von Nachtheilen einzuschütern. In einem Staat, dessen Verfassung, die Staatsdienster nicht von dem Wahlrecht ausschließt, darf dies Recht auch für den Staatsbeamten nicht unfrei sein, und wie überhaupt jede direkte Einwirkung der Regierung auf die Wahlen zu mißbilligen ist, kann es auch nicht als zulässig angesehen werden, das Wahlrecht der Beamten in irgend einer Weise zum Gegenstande der Kontrolle oder gar disciplinarischer Maßregeln zu machen. Über die Frage der Parteinahe der Beamten gegen die Staatsregierung vergl. Stenographische Berichte der II. Kammer 1850—51, 64. Sitzung vom 26. April 1851, Bd. II., S. 1061—66, welche Verhandlungen dahin geführt haben, aus dem Disciplinar-Gesetz vom 21. Juli 1852 den § 20 der Verfassung dieses Gesetzes zum Grunde gelegten Verordnung vom 11. Juli 1849 (G.-S. S. 271) zu entfernen, nach welchem die Dienstentlassung schon durch "feindselige Parteinahe des Beamten gegen die Staatsregierung" begründet sein sollte, womit sich indes die zweite Kammer keineswegs einverstanden erklärte, sondern vielmehr die gänzliche Streichung des Paragraphen beschloß."

Bam Verkehr. Die "Danz. Blg." berichtet: "Unter den Thalerstücken neuen Gepräges, solche welche im Ringe geprägt sind, finden sich nach einer uns zugegangenen Mittheilung sehr viele falsche; in den hiesigen Geld-Instituten sollen täglich eine Menge solcher falschen Stücke vorkommen. Wir theilen dies mit, um das Publikum zur Vorsicht bei Annahme von Thalerstücken zu warnen; erkennbar sind die falschen an dem schlechten Klange und mangelhaftem Rand." — Im hiesigen Verkehr scheinen derartige falsche Thalerstücke noch nichts verlautete.

Pas Gesangsfest, welches in den Pfingstfesttagen hier stattfinden soll, dürfte nach den bereits von Liedertafeln eingegangenen Anmeldungen sehr glänzend ausfallen.

Auf der Eisenbahnstrecke Thorn-Ottocihn sind die Schienen vollständig gelegt und werden dieselben seit einigen Tagen von Arbeitszügen befahren.

Musikalisches. Unser Mitbürger der Photograph, Herr Julius Liebig hat seinen Wünschen für das deutsche Vaterland in einem wohlgelegenen Gedichte: "Auf für's Vaterland!" Ausdruck verliehen und zu demselben auch die, nach sachverständigem Urtheile ansprechende, Melodie komponirt, sowie seine Arbeit durch den Steindruck im Selbstverlage veröffentlicht und dem "deutschen Provinzial-Sängerbunde zu Bromberg" gewidmet.

Handwerkerverein. Heute Donnerstag, den 2. Vortrag des Gymnasiallehrers Herrn Dr. Nieße über "die Anziehungskraft in der Nähe".

Lottoerie. Die Einzahlung zur 4. Klasse der 125. Königl. Preuß. Klassen-Lottoerie muß bis zum 13. d. Mts. erfolgen.

Schulangelegenheiten. Die Ferien im kgl. Evangel. Gymnasium haben heute, den 9. d. Mts., ihren Anfang genommen und dauern 14 Tage. — Das Examen der städtischen Knabenschulen findet am 10. (Bürgerchule) und 11. d. (Elementar- und Freischule) jedesmal von 8 Uhr Morgens ab statt.

Zum Weichselprojekt. Guten Vernehmen nach beabsichtigen hiesige Spediteure sich im Interesse des Verkehrs mit einem Gesuche an den Magistrat um Ermäßigung des Trajetgeldes zu wenden.

Eingesandt.

Das Wahrescript vom 22. März enthält einen Hinweis für die Beamten, daß sie sich einer Verleumdung ihres Amtes schuldig machen würden, wenn sie bei den bevorstehenden Wahlen ihre Stimme einem Manne der Fortschrittspartei gäben. Schreiber dieses empfand sich nicht, derartiges in seinem Amtseid gelobt zu haben; er hat vielmehr nur geschworen, dem Könige treu zu sein und die Verfassung gewissenhaft zu beobachten. Nun glaubt er aber beiden Verpflichtungen nicht besser und gewissenhafter nachkommen zu können, als dadurch, daß er bei den Wahlen seine Stimme solchen Männern giebt, welche dieselben beiden Verpflichtungen als die ihrigen anerkennen, und die auch die Fähigkeit und den Willen haben, beides zu genügen. Feinde des Königs oder gar des Königthums giebt es aber seiner Meinung nach nicht, also bliebe nur zu erwägen, welche Abgeordnete am geeignetesten seien, den König und den Staat durch ihre Thätigkeit gut zu berathen; und da kann er nur folgendes Glaubensbekenntniß aussprechen. 1) Siegt bei den Wahlen die *feudale* Partei, so ist der König und mit ihm Staat und Verfassung schlecht berathen, weil diese Partei, die bekanntlich der Verfassung nie sehr hold gewesen ist, dieselbe sehr bald stückweise beseitigen und den Staat mit rapider Hast dem Abgrunde von 1806 zuführen würde. 2) Siegt die Fortschrittspartei, so ist der König gut berathen, weil diese Partei den wirklichen ehrlichen Ausbau der Verfassung und die Befestigung des allgemeinen Rechtszustandes nach innen, die Erhöhung der Macht und des Ansehens des Staates nach außen mit Energie anstrebt. 3) Siegt die konstitutionelle oder sogenannte Gothaer Partei, so ist der König gar nicht berathen; denn wie sollten Männer, die noch selbst nicht gewußt haben, was sie wollen, und die vor jedem Schritte, der zum Ziele zu führen droht, zurückbleiben — wie sollten die im Stande sein, irgend Demand mit erklichem Rathe zu verforschen. Wer also die Treue gegen den König bewahren und die Verfassung gewissenhaft beobachten will, der wählt Fortschrittmänner; denn dem Könige, dem Staat, nicht aber dem momentanen Ministerium hat man Treue geschworen; und jeder Beamte, wie jeder gewissenhafte Mann muß solche Zumuthungen von sich weisen, die sich nicht scheuen, den unantastbaren Namen des Königs in den Kampf der Parteien herabzuziehen.

Ein königlicher Beamter.

Infraire.

Bekanntmachung.

Zu der, in Gemäßheit der Anordnung des Königl. Staatsministeriums am 28. d. Mts. abzuhalgenden Wahl der Wahlmänner, von welchen demnächst am 6. Mai c. die Deputirten zu dem neu zu bildenden Hause der Abgeordneten für die laufende Legislatur-Periode zu wählen sind, haben wir nach Vorschrift der Verordnung vom 30. Mai 1849 und des Wahlreglements vom 4. October v. J. die Stadt Thorn, welche auf Grund der letzten allgemeinen Volkszählung von 13441 Seelen Civilbevölkerung, 53 Wahlmänner und von 2066 Seelen der Militärbevölkerung 8 Wahlmänner zu wählen hat, in folgende 11 Urwahlbezirke eingetheilt

A. Civil-Urwahlbezirke.

I. Wahlbezirk wählt 6 Wahlmänner, enthält die Grundstücke Nr. 1 bis 101 und 462 Altstadt, mit Einschluß der Brückenthor-Controle und derjenigen Schiffer, deren Familien-Namen mit den Buchstaben A und B beginnen. Wahlvorsteher: Stadtrath und Syndikus Joseph. — Stellvertreter: Stadtrath Kaufmann Gall. Versammlungsort: Saal bei Kayser.

II. Wahlbezirk wählt 6 Wahlmänner, enthält die Grundstücke von Nr. 102 bis 189 Altstadt, die beiden Schankhäuser vor dem Weißen und Seegler-Thore und die Fischer-Vorstadt. Wahlvorsteher: Stadtrath Donisch. — Stellvertreter: Stadtrath Dr. Kugler. Versammlungsort: Lokal der Nefsource, im Theater-Gebäude.

III. Wahlbezirk wählt 6 Wahlmänner, enthält die Grundstücke von Nr. 190 bis 268 Altstadt, nebst der Bromberger Vorstadt. Wahlvorsteher: Stadtbaurath Kaumann. — Stellvertreter: Stadtrath E. Lambeck. Versammlungsort: Auditorium der städtischen Mädchenphüsen.

IV. Wahlbezirk wählt 6 Wahlmänner, enthält die Grundstücke von Nr. 273 bis 322, 332 bis incl. 335 Altstadt nebst der alten und neuen Culmer-Vorstadt, Ziegelei, Grünhof, Krowieniec und Ziegelei-Kämpe. Wahlvorsteher: Stadtrath Rosenow. — Stellvertreter: Stadtrath E. Drewitz. Versammlungsort: großer Saal im Rathause.

V. Wahlbezirk wählt 6 Wahlmänner, enthält die Grundstücke von Nr. 336 bis 461 Altstadt nebst dem Rathause. Wahlvorsteher: Stadtrath R. Schwartz. — Stellvertreter: Gerichtsrath Voigt. Versammlungsort: Sitzungssaal der Stadtverordneten im Rathause.

VI. Wahlbezirk wählt 6 Wahlmänner, enthält die Grundstücke von Nr. 1 bis 108 Neu-

stadt, und diejenigen Schiffer deren Namen mit dem Buchstaben H J und K anfangen. Wahlvorsteher: Stadtrath G. Weese. — Stellvertreter: Gymnasial-Direktor Dr. Passow. Versammlungsort: die Aula im Gymnasial-Gebäude.

VII. Wahlbezirk wählt 6 Wahlmänner, enthält die Grundstücke von Nr. 109 bis incl. 203 Neustadt, Culmer Thor, Controle und diejenigen Schiffer, deren Namen mit den Buchstaben L bis incl. S anfangen. Wahlvorsteher: Stadtrath E. Spinnagel. — Stellvertreter: Zimmermeister Behrendorf. Versammlungsort: Restaurationslocal bei Kaufmann Pietsch.

VIII. Wahlbezirk wählt 5 Wahlmänner, enthält die Grundstücke von Nr. 204 bis incl. 226 dann 328—331 Neustadt, die alte und neue Jakobs-Vorstadt, incl. Chausseehaus und Treppischer Krug. Wahlvorsteher: Prediger Schnibbe. — Stellvertreter: Rector Paneritius. Versammlungsort: Saal im Waisenhouse.

IX. Wahlbezirk wählt 6 Wahlmänner, enthält die Grundstücke von Nr. 227 bis 310 Neustadt, Bazarlämpke, Brückenkopf und Bahnhof und die Schiffer deren Namen mit den Buchstaben C bis G, dann T bis Z anfangen. Wahlvorsteher: Stadtrath Augustin. — Stellvertreter: Domainen-Rentmeister Dewitz. Versammlungsort: Saal im Schützenhause.

B. Militär-Urwahlbezirke.

I. Wahlbezirk wählt 4 Wahlmänner, enthält: Stab, 1. und Füsilier-Bataillon 7 Ostpreuß. Infanterie-Regiments No. 44. Wahlvorsteher: Oberstleut. v. Zitzewitz. — Stellvertreter: Major von Behr. Versammlungsort: die Offizier-Speise-Aufstalt.

II. Wahlbezirk wählt 4 Wahlmänner, umfaßt die Commandantur und den Festungsstab, das 2. Bataillons des 7. Ostpreuß. Infanterie-Regiments, die 3. Festungs-Compagnie der Niederschles. Artillerie Brigade No. 5 und die Gendarmen. Wahlvorsteher Major v. Hegener. — Stellvertreter Major Kuntzel. Versammlungsort: das Exercierhaus vor dem inneren Culmer-Thore.

Die Wahl findet, wie schon erwähnt, Montags, den 28. April d. J.,

Vormittags 10 Uhr an den genannten Versammlungsorten statt, und laden wir sämtliche Wahlberechtigte hiermit ein, sich zur Ausübung ihres Wahlrechts, in ihren resp. Bezirken, bei dem Wahlkaste persönlich einzufinden. Schließlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß da ein 9. Wahlbezirk hat gebildet werden müssen, die meisten Präzesse anders als bisher abgegrenzt, und namentlich in der St. Annen- und auf der Ostseite der Culmer-Straße der 2. und 4. Bezirk, in der Mitte der Straße abgebrochen werden müssten, da die einzelnen Bezirke nur wenig über 1500 Seelen enthalten dürfen.

Thorn, den 7. April 1862.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere, im heutigen Wochenblatte erscheinende Bekanntmachung, betreffend die am 28. d. Mts. wieder abzuhalgenden Urwahlen, für das neu zu bildende Haus der Abgeordneten, machen wir hiermit noch insbesondere bekannt, daß die Urwählerlisten von Mittwoch den 9. d. Mts. Vormittags 9 Uhr bis Freitag den 11. d. Mts. Abends 7 Uhr in unserem Sekretariat zu Ledermanns beliebiger Einsicht ausliegen werden; und stellen wir jedem Wahlberechtigten anheim, sich durch Einsicht derselben die Überzeugung zu verschaffen, ob er auch wirklich in der Liste desjenigen Bezirks in dem er jetzt wohnhaft, aufgeführt ist.

Vom 12. d. Mts. ab können keine Änderungen mehr stattfinden, weil die Listen abgeschlossen werden müssen; und würden diejenigen, welche es unterlassen, sich rechtzeitig von ihrer Aufzeichnung an der richtigen Stelle zu vergewissern, es sich selbst beizumessen haben, wenn sie beim Wahlkaste zurückgewiesen werden.

Thorn, den 7. April 1862.

Der Magistrat.

In meinem Hause Nr. 210 am Neust. Markt, ist die Parterre-Wohnung, die jetzt von Herrn Major v. Sandrath bewohnt wird, vom 1. Oktober d. J. zu vermieten.

C. Hirschberger.

Die Anfertigung von 300 neuen Pulvertonnen soll von der unterzeichneten Verwaltung an den Mindestfordernden im Wege des Submissions- resp. Lizitationsverfahrens vergeben werden.

Hierzu ist ein Termin auf

den 15. April er,

Vormittags 9 Uhr

im Bureau des unterzeichneten Artillerie-Depots anberaumt, und wollen die betreffenden Unternehmer ihre schriftlichen Offerten versiegeln und mit der Aufschrift:

„Submission auf die Anfertigung von Pulvertonnen“ im diesseitigen Bureau abgeben, woselbst auch die Bedingungen einzusehen sind.

Im Termine findet ein mündliches Abbiegen statt.

Später eingehende Offerten und Nachgebote bleiben unberücksichtigt.

Thorn, den 8. April 1862.

Königliches Artillerie-Depot.

Zu einer Besprechung über die bevorstehenden Wahlen für das Haus der Abgeordneten laden wir unsere Gesinnungsgenossen, namentlich die früheren liberalen Wahlmänner ergebenst ein, sich

Sonntag, den 13. April

Nachmittags 3½ Uhr

in Culmsee im Local des Hrn. Hirschfeld zu versammeln.

Die liberalen Wahlkomites des Wahlkreises Culm-Thorn.

v. Valtier (Neuhof) E. Lambek (Thorn.)

Turn-Verein.

Freitag den 11. 7½ Uhr Turnen. 8½ Uhr gesellige Versammlung bei Hildebrandt.

An dem hiesigen Gymnasium und der Realschule beginnt das Sommerhalbjahr Donnerstag den 24. d. Mts. Zur Aufnahme neuer Schüler werde ich Dienstag und Mittwoch den 22. und 23. d. Mts. Vormittags von 9—1 Uhr bereit sein.

Thorn, den 9. April 1862.

Der Königliche Gymnasialdirektor

Dr. W. A. Passow.

Das „Wochenblatt“ vom 5. April c. enthält ein Referat über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung vom 2. April, welches wenn auch die Veröffentlichung keine offizielle ist, über den Turnunterricht der städtischen Knabenschulen leicht irrite Anschauungen im Publikum hervorrufen kann. Unterzeichneter bittet daher ergebenst, nachstehende Berichtigungen folgen zu lassen. In einer der städtischen Knabenschulen, der Bürgerschule, ist der Turnunterricht bereits seit dem Jahre 1845 obligatorischer Lehrgegenstand. Ferner heißt es im Referate, der Versammlung wäre mitgetheilt worden, daß im vorigen Sommer nur ca. 50 Schüler am Turnunterricht Theil genommen hätten. Diese Mittheilung ist keine amtliche gewesen; sie kann nur auf einem Missverständnisse beruhen; auch hat der der Versammlung vorgelegte Bericht des Unterzeichneten nichts derartiges enthalten. Die Summe der Turnschüler der Knabenschulen betrug in keinem Jahre weniger als 200 und ist einmal bis 270 gestiegen. Im vorigen Jahr wurden ca. 250 Schüler im Turnen unterrichtet.

Ollmann.

Mein Lager

Berliner Stiefel und Schuhe

ist durch frische Zusendungen mit den elegantesten Neuheiten für die Sommer-Saison ausgestattet.

Als ganz besonders kann ich die für Fußleidende so wohlthienden Schweizer Stocklederstiefel empfehlen.

Oscar Guksch.

Matzen

find zu haben von heute ab Schuhmacherstraße 423 von Morgens 9 Uhr bis Abends 6 Uhr gegen gleich baare Zahlung.

Abraham & Aron.

Meine Wohnung ist jetzt Neustadt Elisabeth-Straße No. 88 gegenüber der Apotheke des Herrn Engelke.

Gustav Penningh,

Commissionair.

Nur 26 Silbergroschen

baar oder gegen Post-Nachnahme kostet beim unterzeichneten Bankhause ein viertel Originalloos zu der am 21. und 22. Mai stattfindenden Ziehung der großen

Staats-Gewinne-Verlosung,

welche letztere in ihrer Gesamtheit mehr wie 14000 Gewinne enthält, worunter solche von: ev. Thlr. 114,000, 57,000, 28,500, 17,000, 14,300, 11,400, 8570, 6860, 5700, 2300, 1700, 1140, 570 re. re. — (Ganze Lose kosten 3 Thlr. 13 Sgr. und halbe 1 Thlr. 22 Sgr.) Die Gewinne werden baar in Vereins-Silber-Thalern durch unterzeichnetes Bankhaus in allen Städten Deutschlands ausbezahlt, welches überhaupt Ziehungslisten und Pläne gratis versendet. Man beliebe sich daher direct

zu wenden an das Haupt Depot bei

Stirn & Greim in Frankfurt a/M.

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Im Jahre 1861 gingen bei der Gesellschaft ein:

805 neue Anträge mit 1,171,300 Thalern.

Hier von wurden abgeschlossen: 645 Versicherungen mit 962,600 Thalern.

Todesfälle wurden angemeldet: 195 Personen mit 245,700 Thalern.

Durch Ablauf von Versicherungen und aus anderen Gründen traten aus:

72 Personen mit 204,500 Thalern, und stellte sich der

Versicherungs-Bestand am 1. Januar 1862 auf:

9066 Personen mit Elf Millionen 493,500 Thalern.

Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen zum Betrage von 100 bis 20,000 Rthlr. zu billigen Prämien und gewährt den bei ihr mit Anspruch auf Gewinn (Tab. A.) versicherten Personen **Zwei Drittel des reinen Gewinnes** der Gesellschaft.

Nähere Auskunft wird im Bureau der Gesellschaft, Spandauerbrücke Nro. 8., so wie von sämtlichen Agenten derselben ertheilt und werden Anträge ebendaselbst entgegengenommen.

Thorn, den 31. März 1862.

Die Deutsche Feuer-Versicherungs-Acien-Gesellschaft

zu Berlin

mit einem Gewährleistungs-Kapital von Einer Million Thaler Preußisch Courant, hat mir eine Agentur für Thorn und Umgegend übertragen und empfehle ich mich zur Vermittlung gegen Feuersgefahr zu festen, möglichst billig gestellten Prämien.

Die Gesellschaft vergütet Schäden, die durch Feuer, Blitzschlag oder Gas-Explosion und durch Ketten und Löschchen entstehen, gewährt bei mehrjähriger Versicherung wesentliche Vortheile und den gehörig angemeldeten Hypothek-Gläubigern volle Sicherstellung.

Versicherungs-Bedingungen und Antrags-Formulare können jederzeit gratis bei mir entgegen genommen werden, und bin ich bei der Versicherungsnahme gern bereit, jede wünschenswerthe Auskunft zu ertheilen.

Thorn, den 7. April 1861.

Wilhelm Mehl.
Brückenstraße 9.

Providentia

Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a/M.
Grund-Capital 20 Millionen Gulden wovon 8 Millionen Gulden immittelst sind.

Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen gegen Feuersgefahr zu festen sehr mäßigen Prämien, ebenso Lebens-, Aussteuer- und Renten-Versicherungen.

Der unterzeichnete Agent empfiehlt sich zu deren Vermittelung und ist stets bereit jede weitere Auskunft zu ertheilen.

C. A. Guksch.

Strasburger Gänseleber-Pasteten, feinste franz. Liqueure, als: Chartreuse re. Sardellen, Anchovis, Capern re. Ital. Macaroni, Fiacomudeln, feinste geschlissne Perlgrämen, Tafelbouillon, Bouillonzwiebeln und franz. getrocknete Suppenkräuter empfiehlt

A. Kahle.

Baderstraße Nr. 61.

100 Scheffel graue Wicke

der Scheffel 2 Thlr. in Richau bei Kowalewo.

(Bier und zwanzigste, 5500 Exemplare starke Aufl.)

Fr. Meyer, Neues

Complimentirbuch

Enthaltend: 64 Glückwünsche und Anreden bei Neujahrs- und Geburtstagen, — 15 Heirathsanträge, — 13 Anreden beim Tanze, 10 Einladungen, — 14 Schemata zu Aufzügen in öffentlichen Blättern. — 20 Abschnitte über Anstand und den Umgang mit dem schönen Geschlechte.

Preis 12½, Sgr.

NB. Unter allen bis jetzt erschienenen Complimentirbüchern ist das von Meyer herausgegebene, wovon jetzt die 24ste Auflage versandt wurde, das beste, vollständigste und empfehlenswertheste.

Zu haben bei Ernst Lambeck in Thorn.

Eine große Auswahl

Damenmäntel

empfing und empfiehlt

C. G. Dorau.

Brisebogen in Octav

mit Damen-Namen à Buch 6 Sgr., sind bei Ernst Lambeck vorrätig.

Kinder- und Damen-Gamaschen

empfiehlt in großer Auswahl.

W. Henius.

Formulare zur notariellen Anmeldung der Handelsfirmen Beifüllung Eintragung in das von dem Königl. Kreisgerichte geführte Firmenbuch sind vorrätig à Stück 1 Sgr. bei

Ernst Lambeck.

Auf zwei neuen Berliner Drehrollen wird im Keller der Wittwe Kaufmann Schultz, Kleine Gerberstraße, gerollt.

Einen ordentlichen **Hausknecht** sucht

A. Kahle.

Baderstraße No. 61.

Die Wohnung im zweiten Stock meines Hauses Altstadt Nro. 11, ist vom 1. Oktober ab anderweitig zu vermieten.

Orth.

Marktbericht.

Thorn, den 9. April 1862.

Die Berichte von auswärts sind zwar nicht besser, jedoch für Roggen etwas höher notirt und die Zufuhr theils den sehr schlechten Wegen und den gewichenen Preisen wurde hierorts nach Qualität bezahlt:

Weizen: Wispel 48 bis 72 thlr., der Scheffel 2 thlr. bis 3 thlr.

Roggen: Wispel 36 bis 44 thlr., der Scheffel 1 thlr. 15 sgr. bis 1 thlr. 25 sgr.

Erbsen: (weiße) Wispel 32 bis 44 thlr., der Scheffel 1 thlr. 10 sgr. bis 1 thlr. 25 sgr.

Gerste: Wispel 26 bis 34 thlr., der Scheffel 1 thlr. 2 sgr. 6 pf. bis 1 thlr. 12 sgr. 6 pf.

Hafer: Wispel 22 bis 24 thlr., der Scheffel 27 sgr. 6 pf. bis 1 thlr.

Kartoffeln: Scheffel 14 bis 16 sgr.

Butter: Pfund 7 bis 8 sgr.

Eier: Mandel 3 sgr. bis 3 sgr. 6 pf.

Stroh: Schöck 6 bis 7 thlr.

Heu: Centner 16 bis 18 sgr.

Für Hutter-Saaten sind nur wenig Nachfragen und Bestellungen.

Danzig, den 8 April. 1862.

Getreide-Börse: Obgleich am heutigen Markte in Weizen ein Umsatz von 335 Lasten stattfand, so war die Beteiligung hieran nur vereinzelt, da wahrzunehmen, wo reichlich vorhandene und billige Schiffsräume zu sofortigen Verladungen angreifen.

Berlin den 8. April. 1862.

Weizen: loco nach Qualität per 2100 Pf. 60—75 thlr.

Roggen: loco per 2000 Pf. nach Qualität.

Gerste: loco nach Qualität 33—38 thlr.

Hafer: per 1200 Pf. loco nach Qualität 22—25 thlr.

Spiritus: loco ohne Haß 17—16% bez.

Agio des Russischen-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 19 pCt. Russisch Papier 19½, pCt. Klein Courant 15 pCt. Alte Silberrubel 11 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Neue Kopeken 15 pCt. Alte Kopeken 9 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 8. April. Temperatur Wärme: 2½ Grad. Luftdruck:

28 Zoll 6 Strich. Wasserstand: 8 Fuß 9 Zoll.

Den 9. April. Temperatur Wärme: 4 Grad. Luftdruck:

28 Zoll 5 Strich. Wasserstand: 8 Fuß 5 Zoll.

Herren-Hüte

bester Qualität empfiehlt

C. Mühlendorf.